

Volker Gerhardt

Helmut Schmidt und die Philosophie

Seit Platon wiegen sich die Philosophen in der Überzeugung, kraft ihres überlegenen Wissens und der ihnen zuwachsenden Weisheit am Ende die einzig wirklich befähigten Herrscher zu sein. Kant widersprach, Regieren und Philosophieren seien zwei verschiedene Tätigkeiten. Ist Helmut Schmidt aber nicht der lebende Gegenbeweis?

Volker Gerhardt

(* 1944) ist seit 1992 Professor für Praktische Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Volker.Gerhardt@Philosophie.hu-berlin.de



Philosophenkönige

Die Philosophen sollen nach Platon Könige werden. Das haben die Philosophen gerne zitiert und manche glauben immer noch daran. Doch Kant erklärt, Platon habe sich geirrt. Die Philosophen seien nicht geeignet, ein hohes Staatsamt wahrzunehmen. Es sei daher noch nicht einmal zu wünschen, dass sie leitende politische Positionen übernehmen.

Die Begründung ist nicht, dass die Philosophen auf die politischen Aufgaben nicht hinreichend vorbereitet sind. Hier hätte Platon sogleich mit dem Hinweis auf die von ihm eingeplante Ausbildung von mindestens fünfundvierzig Jahren parieren können. Kant hat vielmehr ein originär platonisches Argument, indem er auf die Arbeitsteilung verweist: Das Regieren und das Philosophieren sind zwei verschiedene Tätigkeiten, die sich nicht in einer Aufgabe vereinen lassen.

Wer regiert, hat die im Zusammenleben vieler Menschen tagtäglich anstehenden Probleme mit dem ernsthaften Versprechen einer Lösung anzugehen. Er hat gegensätzliche Ansprüche auszugleichen, Entscheidungen zu fällen und in die

Tat umzusetzen. Sein Geschäft ist die »ausübende Rechtslehre«, bei dem er auf öffentliche Zustimmung angewiesen ist. Diese Wendung Kants gibt eine gute Definition dessen, was als Spezifikum des Politischen gelten kann: Es stehen die Anwendung und die Umsetzung praktischer Vorhaben im Vordergrund. Da sie sich unter den Bedingungen öffentlicher Rechtfertigung zu vollziehen haben, müssen sie nicht nur auf einen für viele erkennbaren Erfolg angelegt sein; sie sind auch auf Zustimmung im Augenblick angewiesen. Dadurch ist die Politik hochgradig anfällig für Stimmungen, denen sie sich in dem durch sie geförderten Meinungsstreit ohnehin nicht verschließen kann.

Während die Politik, so langfristig sie auch rechnen und so viel Zukunft sie auch versprechen mag, die Gegenwart zu bestehen hat, ist die Philosophie in ihrem Anspruch auf Erkenntnis und Einsicht auf Dauer angelegt. Während der Politiker davon abhängig ist, dass er sein Gegenüber im Augenblick der Entscheidung überzeugt, muss sich der Philosoph um Argumente bemühen, die, wenn nicht für alle Zeiten, so doch mit Blick auf alle denkbaren Gegenpositionen zwingend sind.

Der Politiker hat es in erster Linie mit Menschen zu tun, denen er Sachverhalte nahe bringen muss, um ihrem Verlangen nach Schutz und Sicherheit entgegen zu kommen. Der Philosoph hingegen muss sich ganz auf die Sachverhalte konzentrieren, um zu einem möglichst gesicherten Wissen zu gelangen. Das hat er triftig und schlüssig darzutun. Streng ge-

nommen ist das Wissen sein einziges Mittel, um mit und in seinem Metier zu überzeugen.

Man sieht: Es gibt elementare Unterschiede in den Einstellungen, in den Verfahren und in den Zielen von Politik und Philosophie. Demgegenüber fällt die Gemeinsamkeit, dass beide in ihrer Tätigkeit so überzeugend zu sein haben, dass sie Anderen ein Beispiel zu geben vermögen, kaum ins Gewicht. Denn wir erwarten von jedem, ganz gleich, ob er Philosoph oder Politiker, Pilot oder Polizist, Pastor oder Profisportler ist, dass er sich *exemplarisch* verhält und damit Anderen als *Vorbild* dienen kann.

Kopernikanische Wende

Platon und Kant sind sich allerdings einig darin, dass der Staatsmann und der Philosoph ein gemeinsames Interesse am *Wohlergehen der Menschen* haben. Beide, Politiker und Philosoph, sind auf das Ganze eines Lebenszusammenhangs bezogen, und beiden sollte es darum gehen, das individuelle wie das gesellschaftliche Befinden der Menschen zu befördern. Wenn nun der eine dies durch sein *Handeln* erreichen muss, während der andere das Glück hat, darüber *nachdenken* zu dürfen, dann haben sie, nach Kant, die besondere Pflicht, wechselseitig aufeinander zu hören. Daraus folgt, dass es dem Politiker obliegt, dem Philosophen Gehör zu verschaffen, so wie es für den Philosophen selbstverständlich sein sollte, sich auch im politischen Raum kundig zu machen. Wenn der Politiker klug ist, holt er sich den Rat des Philosophen, den der Philosoph, wenn er seine Pflichten kennt, nach Möglichkeit nicht verweigern sollte.

Der Pflicht, als Berater zu wirken, hat sich schon Platon nicht entzogen. Dreimal ist er nach Syrakus gereist, um einen sich aufgeklärt gebenden Tyrannen bei der Regierung zu helfen. Dreimal ist er gründlich gescheitert.

Das kann sich immer wiederholen. Daher ist es wichtig zu wissen, dass die durch Arbeitsteilung begründete Trennung zwischen Philosophie und Politik eine ganz andere Form der Beratung nach sich zieht. Ich scheue mich nicht, sie als ursprünglich demokratisch zu bezeichnen: Da die Politik von ihrer Anlage her ein öffentliches Geschehen ist, hat der Philosoph die Pflicht, sich öffentlich zu äußern. Was schon für sein Verhältnis zu den Wissenschaften gilt, kommt nun auch in seiner Beziehung zur Politik zur Geltung: Er hat als Kritiker zu wirken. Er hat zu allen zu sprechen, damit alle zu einem Urteil gelangen können, mit dem die Politik sich nicht nur auseinanderzusetzen hat, sondern dem sie sich letztlich unterwerfen muss.

Und damit die Bestimmung des Ganzen durch das mehrheitliche Urteil aller möglich ist, hat die Politik den öffentlichen Raum mit der gleichen Grundsätzlichkeit zu sichern wie die Grenzen ihres Territoriums. In ihm hat sie die Stimme der Philosophie auch dann zu ertragen, wenn sie ihr lästig ist – selbst in jenen Fällen, in denen sie einzelnen Personen oder Parteien gefährlich sein kann.

Helmut Schmidt hat seit dem Beginn seiner politischen Laufbahn von der Arbeitsteilung zwischen Politik und Philosophie gewusst. Er sah sich nicht nur viele Jahre genötigt, sie in seiner Partei und gegenüber außen stehenden Kritikern zu verteidigen. Er scheint sie durch seine beispielhafte Karriere nach dem Ausscheiden aus den staatlichen Ämtern zugleich auch zu widerlegen.

Helmut Schmidt, den man zwei Jahrzehnte lang als bloßen »Macher« und visionslosen »Pragmatiker« abzuwerten suchte, obgleich er gerade auch in seinen grundsätzlichen Einsichten und in seinen weit reichenden Zielvorstellungen so gut wie allen anderen Politikern seiner Generation überlegen war, hat sich im Urteil der bundesdeutschen Publizistik, kaum dass er das Bundeskanzleramt verlassen hatte,

zum Philosophen gewandelt – zum strategischen Vordenker einer Weltzivilisation, der er durch seinen überall auf der Erde prononciert gegebenen und fundiert begründeten Rat bis heute dient.

Politik im Zeichen der Ethik

Henning Albrecht hat jüngst in seinem klugen Buch nachgezeichnet, welche philosophischen Theorien für Helmut Schmidt von besonderer Bedeutung waren und sind. Da ist die jüngere Stoa, die mit Marc Aurels *Selbstbetrachtungen* schon dem Schüler Orientierung und dem Soldaten elementare Lebenshilfe bot. Da ist die Moralphilosophie Immanuel Kants, deren Einflüsse ebenfalls schon in den 40er Jahren spürbar waren und auf die der reife Politiker, insbesondere in seiner Zeit als Bundeskanzler, mehrfach zurückkommt. Da ist Max Webers epochemachender Vortrag über *Politik als Beruf*, und da ist schließlich der Kritische Rationalismus Karl R. Poppers, dessen Abhandlung über die *Offene Gesellschaft und ihre Feinde* schon den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag beeindruckte und dessen Sozialphilosophie der Bundeskanzler in seiner Einleitung zu einem viel beachteten Sammelband erörtert hat.

In den 80er Jahren kommt es auf Initiative von Helmut Schmidt auch zu persönlichen Begegnungen mit dem bedeutenden Denker, mit dem ihn in dessen letzten Lebensjahrzehnt eine freundschaftliche Beziehung verbindet. Leider ist Karl Popper nach seinem Tod das Schicksal widerfahren, nur noch wenig Beachtung zu finden. Seine Einsichten gelten als zu einfach, obgleich jeder weiß, dass sie richtig sind. Die Zunft der Philosophen zieht lieber einen Denker vor, der weder als klar noch als einfach gelten kann, und dessen Grundannahmen weder wahr noch falsch sind, wohl aber ziemlich abstrakt genannt werden müssen.

Ich spreche von John Rawls, der bei Helmut Schmidt so gut wie keine Rolle spielt. Das sollte den Philosophen zu denken geben. Dazu gehört auch die Tatsache, dass der Altkanzler Popper treu geblieben ist, ohne sich je als dessen Anhänger zu bezeichnen. Popper hat seinerseits zur Schmidt-Festschrift im Jahre 1989 einen Text beigesteuert, den man zu den wichtigsten Abhandlungen der Politischen Philosophie im 20. Jahrhundert rechnen kann.

Überlegene Diskussion mit Philosophen

Philosophen sei die penible Rekonstruktion der Vorgeschichte und des Verlaufs jener sagenumwobenen Jubiläumskonferenz der *Friedrich-Ebert-Stiftung* zum 200. Jahrestag von Kants *Kritik der reinen Vernunft* im Jahre 1981 empfohlen. Auf diesem Kongress trat ein damals hoch angesehener Philosophieprofessor mit dem Anspruch auf, man könne keine Politik machen, ehe man nicht ihre Grundbegriffe aufgearbeitet habe. Zu seiner Ehrenrettung sei gesagt, dass er sich gleich daran gemacht hat, den in der Tat basalen *Begriff des Interesses* nachzubuchstabieren. Doch über die ersten Schritte ins Feld des gesellschaftlichen Handelns kam er in seiner Rede nicht hinaus. Auch in seinen Schriften ist er uns die logische Propädeutik der politischen Sprache schuldig geblieben. Sie hat, so glaube ich, der Politik auch nicht gefehlt.

Nach diesem peinlichen Auftakt ließe sich leicht sagen, dass es dem Kanzler ein Leichtes gewesen sei, als Philosoph zu überzeugen. Doch das wäre nicht fair. Denn hier geschah ganz zwanglos, was man zwanzig Jahre später unter dem Titel *Philosophy meets Politics* mühsam zu inszenieren suchte. 1981 begegneten sie sich in einer einzigen Person! Helmut Schmidt entwickelte beim Kant-Kongress der *Friedrich-Ebert-Stiftung* 1981 in zunehmend freier Rede eine wahrhaft philosophische Reflexion über

politische Verantwortung und sittliche Verpflichtung. Er gab selbst ein Beispiel für die von ihm wiederholt eingeklagte Nachdenklichkeit und demonstrierte ihre Unverzichtbarkeit in der Analyse des Zusammenhangs von Freiheit, Wissen und Gewissen, von Menschheit und Mitmenschlichkeit. Er machte deutlich, warum der Sicherung des Friedens der höchste Stellenwert zukommt, warum die Vernunft selbstkritisch zu sein hat und von der *sittlichen Verbindlichkeit* nicht zu trennen ist.

Auch in der nachfolgenden Debatte dominierte der Kanzler, obgleich ihm seine Berater angesichts so vieler professioneller Denker Zurückhaltung anempfohlen hatten. Doch die Philosophen hielten selbst mit Blick auf die anstehenden Probleme der Nachrüstung und der Kernenergie am Geländer ihrer Kategorien fest, während Schmidt, begriffsstark, reflexionsmächtig und textsicher anschaulich machte, dass die allgemeinen Prinzipien der Vernunft nicht zu erkennen geben, was man konkret zu tun hat. Sein Diktum, was der Augenblick des Handelns erfordere, das müsse jeder »schon selber rausfinden«, bezeichnet die Grenze, die definitiv zwischen Theorie und Praxis verläuft – und zwar sowohl in der Politik als auch in der Ethik.

Sittliche Verpflichtung zum Pragmatischen

Umso mehr muss es überraschen, im Buch von Henning Albrecht auch einen Helmut Schmidt zu entdecken, der sich philosophischen Rat geben lässt. Der Autor berichtet von einem Briefwechsel zwischen Helmut Schmidt und dem Aufklärungsforscher Norbert Hinske, der dem Kanzler in einer der Regierung damals wenig gewogenen Tageszeitung vorgeworfen hatte, er berufe sich zwar auf Kant, wisse aber gar nicht, was dessen Begriffe bedeuten. Das war starker Tobak, denn in Wahrheit ging

es nur um das Wort »pragmatisch«, das Helmut Schmidt stets in Verbindung mit der sittlichen Verpflichtung des Politikers verwendet hatte.

Gleichwohl schrieb der Kanzler seinem Kritiker einen Brief und bat ihn um Aufklärung. Hinske antwortete mit dem Hinweis, dass Kant zwischen »technisch«, »pragmatisch« und »moralisch-praktisch« unterscheide, und die Sittlichkeit im strengen Sinn des kategorischen Imperativs auf das moralisch-praktische Handeln beschränkt sei.

Der Kanzler bedankte sich für die Belehrung, nahm sie bereitwillig auf und ließ eine Passage, in der er sich erneut auf das

Pragmatische bezog, noch einmal durch den Gelehrten korrigieren. Wann hätte man je von einer solchen Bereitschaft eines Mächtigen gehört, den Rat in einem philologischen Detail so wichtig zu nehmen? Das ist nur mit einem durchdringenden Interesse an der Sache zu erklären.

Die Pointe ist allerdings, dass Helmut Schmidt mit seinem früheren und, Gott sei Dank, auch weiter beibehaltenen Begriffsgebrauch völlig im Recht gewesen ist: Wenn er davon gesprochen hätte, er wolle »moralisch-praktisch zu sittlichen Zwecken« handeln, würde er nur eine Tautologie in die Welt gesetzt haben. Das Moralisch-Praktische ist ja bereits durch die Sittlichkeit definiert. Hier liegt der ganze Zweck des Handelns in der Wahrung der eigenen Autonomie.

Ist damit nicht doch bewiesen, dass in ihm das Politische und das Philosophische zusammenfallen? Was wird aus der eingangs so aufwändig entwickelten Alternative? Ist Kant durch einen seiner bravourösen Schüler widerlegt?

Selbst in der Nachdenklichkeit ein politischer Kopf

In seiner ethischen Orientierung setzt Helmut Schmidt selbst einen politischen Primat, dem sein philosophisches Nachdenken folgt. Der Ethiker und politische Theoretiker, der er in höchst eigenständiger Weise ist, zeigt daher auch keine Neigung, seinen Prinzipien ein System zu Grunde zu legen, aus dem die sittlichen Forderungen abzuleiten wären. Folglich bleibt er selbst in seiner kaum eine Frage auslassenden Nachdenklichkeit ein politischer Kopf.

Philosoph ist er im Sinne eines Moralisten, der sich darauf verpflichtet, ein moralischer Politiker zu sein. Man wird ihn daher nicht mit Cicero vergleichen, der ein bedeutender Politiker war und darüber-

hinaus den Ehrgeiz hatte, der platonischen Philosophie im Ganzen eine römische Form zu geben. Aber seinem ständigen philosophischen Begleiter, dem Kaiser Marc Aurel kommt Helmut Schmidt doch ziemlich nahe.

Helmut Schmidt würde vermutlich widersprechen. Um seinem Einspruch zu entgehen, lassen sich drei uns zeitlich näher liegende Parallelen nennen: Bismarck, Rathenau und Churchill. Alle drei waren Genies des politischen Handelns; alle waren mit einer großen intellektuellen Begabung ausgezeichnet, haben politisch Großes geleistet und überdies ein bedeutendes literarisches Werk hinterlassen. Ihnen ist Helmut Schmidt ebenbürtig, auch wenn er als Autor mehr veröffentlicht hat als alle drei zusammen.

Sein Werk steht im Zeichen der ethischen Frage. Es nimmt die weltpolitischen Lehren ernst, die aus der Wirtschaftskrise des Jahres 1928, aus den weltpolitischen Folgen der Not, aus dem Weltkrieg und aus der mit der Entwicklung der Technik erstmals für alle sichtbar gewordenen Gefahr der weltweiten Selbstvernichtung der Menschheit gezogen werden müssen. Indem sich Helmut Schmidt im Laufe seines Lebens dieser Probleme mit wachsender Intensität annimmt, erkennt man, dass seine immer deutlicher zu Tage tretende Hinwendung zur Philosophie selbst wieder politischen Einsichten gehorcht.

Darin ist er immer Politiker geblieben, aber die Philosophen täten gut daran, ihn so ernst zu nehmen, als sei er einer von ihnen. Der Philosophie könnte das nur zu Gute kommen, ohne dass sie Kants Unterscheidung zwischen Philosophie und Politik rückgängig machen muss.

(Gekürzter Text der Rede anlässlich der Übergabe des von der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung geförderten Buches von Henning Albrecht Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken. Helmut Schmidt und die Philosophie an Helmut Schmidt am 13. November 2008 in Hamburg.)